

solute Werte jede Ordnung gegründet ist, die auch von diesen gehütet und in Werken des Fortschritts und der Zivilisation fruchtbar gemacht wird.

*Das Licht und das Leben des Weihnachtsgeheimnisses.
Die Hilfeleistungen an das unterdrückte Ungarn*

Man gestatte Uns schließlich eine letzte Ermahnung. Es ist Uns ein großer Trost, an die bewegte und hochherzige Haltung all Unsrer geliebten Kinder, der Hilfsorganisationen, ganzer Nationen und auch der ehrenhaften Presse gegenüber dem unterdrückten Ungarn zu denken. Wir sind auch überzeugt, daß alle rechtschaffenen Menschen nicht aufhören werden, zu beten und zu opfern, um die traurigen Zustände des gemarterten Volkes zu erleichtern. Viele auf Erden haben in den verworrenen Ereignissen der letzten Jahrzehnte schon am eigenen Leibe

erfahren, was Elend bedeutet. Wie könnten sie angesichts der Not anderer gleichgültig sein? Und wie könnten die, die in Behagen leben, gefühllos gegenüber der Armut ihres Nächsten bleiben? Doch zugleich mit eurer barmherzigen Liebe möge über die Unglücklichen vor allem das „Licht“ und das „Leben“ des Weihnachtsgeheimnisses widerhallen. Beide sind in Christus gegeben, und diese Gnade, dieser Friede, dieses Vertrauen auf Gott, das alle Gerechtigkeit wiederherstellen und jedes Opfer lohnen wird, kann ihnen von keiner menschlichen Macht genommen werden.

Und nun möge auf alle, die Uns hören, insbesondere auf die Leidenden, die Demütigen, die Armen, auf die, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen (vgl. Mt. 5, 10), als Unterpfand der göttlichen Gnaden Unser Apostolischer Segen herabsteigen.

Hirtenworte in die Zeit

Die Bischöfe Österreichs zur sozialen Frage in der modernen Welt

Am 16. Oktober hat der österreichische Episkopat in einem gemeinsamen Hirtenschreiben zu brennenden sozialen Fragen Stellung genommen. Der Hirtenbrief, der am 4. und 11. November verkündet wurde, aber vor allem als Grundlage für die soziale Bildungsarbeit dienen soll, gliedert sich in drei Teile und behandelt die industrielle Arbeitswelt, den im Umbruch befindlichen bäuerlichen Bereich und das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft heute. Wir geben das Schreiben im vollen Wortlaut wieder:

Die Jahrzehnte seit dem Ersten Weltkrieg haben ungeahnte Änderungen in unser Leben gebracht. Auf der einen Seite beobachten wir, wie Maschinen, Technik, Wirtschaft, Industrie sich entfalten. Auf der anderen Seite stehen wir vor dem Aufstieg der Massen, der Mündigkeit der Stände und Völker. Beides zusammen brachte so starke Umwälzungen hervor, daß ein neues Bild des Lebens, des privaten und gesellschaftlichen Lebens, entstanden ist.

Wir stehen vor einer Menschheit, die sich im Fortschritt begriffen glaubt. Zumindest seit dem Zweiten Weltkrieg aber ist es klar, daß dieser Fortschritt auch große Gefahren in sich birgt. Man denke an die Zerstörungstechnik des modernen Krieges, man denke an die Diktaturstaaten, die sich eben des Fortschritts bedienen, um eine Technik der Menschenverwaltung zu entwickeln, die erschreckend ist. Es geht also in diesem Neuwerden unseres modernen Lebens um Richtlinien für den Aufbau dieses Lebens, damit ein echter Fortschritt entstehe und nicht die Schattenseiten des Fortschrittes die Lichtseiten überwiegen.

Solche Richtlinien für den Aufbau des modernen Lebens will nun die Kirche geben; handelt es sich doch bei diesem Aufbau weithin um Fragen der Gerechtigkeit, besonders der sozialen Gerechtigkeit. Was hier die Kirche tut und sagt, sagt und tut sie nur in Auslegung der goldenen Regel des Evangeliums, die in der Natur des Menschen grundgelegt ist und bei Matthäus 7, 12 steht: „Alles also, was ihr wollt, daß euch die Menschen tun, das sollt ihr ihnen ebenso tun.“

Um aber unsere Darlegung nicht zu umfangreich zu machen, werden wir sie auf drei besonders aktuelle Gebiete beschränken und also zunächst handeln über die

moderne industrielle Arbeitswelt, sodann über die im Umbruch begriffene bäuerliche Welt und schließlich über die Welt des Staates, der in dieser Zeit neue Aufgaben zugefallen sind.

I. Die moderne industrielle Arbeitswelt

Bei dem Aufbau der modernen industriellen Arbeitswelt sind zwei Systeme hervorgetreten, die eindeutig abzulehnen sind. Es sind dies der liberale Kapitalismus und der Kommunismus. Beide sind bereits von den Päpsten verurteilt. Hinsichtlich des Kommunismus ist dies bekannt. Weniger bekannt ist es hinsichtlich des liberalen Kapitalismus. Und doch ist dies geschehen. Papst Pius XII. sagt: „... Die Kirche hat den Kapitalismus, wo er sich ein unbeschränktes Recht auf das Eigentum anmaßt, als dem Naturrecht zuwiderlaufend verurteilt.“ Diese beiden Systeme sind also abzulehnen. Beide Systeme sündigen durch ein Übermaß, aber gegensätzlicher Art. Der liberale Kapitalismus liebt die maßlose Freiheit, die zur Willkür wird, der Kommunismus den maßlosen Zwang, der den Menschen entrechtet. Im übrigen haben beide Systeme etwas gemeinsam, nämlich das mechanische Prinzip: Der Kapitalismus ist beherrscht von dem Mechanismus der Zwangsgesetze. Menschliche Lösungen, die aus dem Gewissen und den sittlichen Gesetzen kommen, sind beiden Systemen fremd.

Was ist nun vom Sozialismus zu halten?

Der gemäßigte Sozialismus von heute strebt eine sozialere Gesellschaftsordnung an. Das ist gut. Doch sprechen seine ersten Vertreter immer noch von einer sozialistischen Weltanschauung im Gegensatz zur christlichen und katholischen Weltanschauung.

Was ist diese sozialistische Weltanschauung? Nun, sie lehrt im wesentlichen, daß die wirtschaftlichen, materiellen Produktionskräfte das gesellschaftliche, geistige und religiöse Leben bestimmen. Bei Änderung des wirtschaftlichen Unterbaues wird auch der gesellschaftliche Überbau geändert, das geistige Leben wird anders, Religion wird überflüssig usw. Trotz aller gelegentlichen Kritik an Karl Marx, von dem diese Lehre stammt, hält man hieran in der Hauptsache noch fest.

Es ist klar, wie gefährlich diese Auffassung jeder Religion, nicht nur dem Christentum, ist. Jede Religion baut

auf der Anerkennung von selbständigen geistigen Werten auf. Mit der sozialistischen Weltanschauung, die im Grund materialistisch ist, kann sie sich nicht vertragen.

Diese Auffassung ist übrigens, auch wissenschaftlich gesehen, rückständig und überholt. Die heutige Sozialwissenschaft spricht von der allseitigen Bezogenheit des gesellschaftlichen Lebens. Es hängt nicht nur von wirtschaftlichen Gegebenheiten ab, sondern ebenso von Erfindungen, von der Begabung, von der geistigen Kultur und von der Charakterstärke der Menschen, die die Gesellschaft bilden. So geht der Sozialismus von einer verstümmelten Wirklichkeit aus. Konsequenter kommt er nur zu einer verstümmelten Neuordnung der Gesellschaft. Die geistigen und sittlichen Ordnungskräfte unterschätzt er, die äußeren, mechanischen Ordnungskräfte überschätzt er. Auf diese Weise kommt er zu einer starken Bürokratisierung und zu einem unguuten Zentralismus. Dafür ist bezeichnend, daß dem Sozialismus eine familiengerechte Siedlungsbewegung nicht gelungen ist.

Wo es um die Vermenschlichung gehen sollte, verlangt dieser Zentralismus immer nach Verstaatlichung. Diese Verstaatlichung aber wird dem Menschen nicht gerecht. Von einem verstümmelten Wirklichkeitsbild geht sie aus; einen verstümmelten Menschen bringt sie hervor. Dem verstaatlichten Menschen sind die schönsten Möglichkeiten der Selbstentfaltung, des verantwortungsbewußten Einsatzes, der schöpferischen Tätigkeit und damit der Leistungsfreude genommen.

Was man vom Sozialismus erwarten müßte, wäre die Anerkennung einer selbständigen geistigen Welt. Solange das nicht geschehen ist, ist der Sozialismus nicht der richtige Weg. So viel er dem Arbeiter mit der einen Hand gibt, noch mehr nimmt er ihm mit der anderen Hand weg. Daher unser Vorwurf: Wozu haben die Sozialisten ungezählten Arbeitern ohne Not ihre lebendige Beziehung zu Gott geraubt?

Gegen die beiden Grundsysteme aber, den Kommunismus und den Kapitalismus, denen das Maßhalten fremd ist, lehrt die Kirche eine Sozialordnung des Maßes. Das bloß mechanische Prinzip führt zur Entmenschlichung. Dafür sind Zeugen die Proletariatsmassen des 19. Jahrhunderts mit ihren Hungerlöhnen. Daher ist gegen das bloß mechanische Prinzip die Vermenschlichung der Wirtschaft zu setzen. — Die bloße Freiheit des Stärkeren wird zur Freiheit des Raubtiers, das den Schwächeren verzehrt. Man denke hier an die Kolonialsünden des 19. Jahrhunderts. Gegen die Freiheit, die zur Willkür wird, ist das sittliche Prinzip der Sozialgestaltung zu setzen. — Zwang allein knechtet. Siehe die Millionen von Arbeitssklaven in Sowjetrußland. Gegen den bloßen Zwang ist das Prinzip der Eigenverantwortung und Eigenleistung zu setzen. Diese drei Prinzipien, Vermenschlichung, Sozialgestaltung, Eigenverantwortung, machen die christliche Sozialordnung aus.

Das Verantwortungsprinzip, um mit diesem zu beginnen, geht den einzelnen an. Es fordert, daß du etwas tust, etwas leistest und selbst Verantwortung übernimmst. So fördert es die Leistungsfreude und schafft Befriedigung, weil dein Können wächst. Es weckt die Einsatzbereitschaft für das eigene Werk. In diesem Prinzip ist die Pflicht zur echten Leistung ebenso enthalten wie das Recht auf leistungsmäßige Entlohnung.

Das Sozialprinzip blickt auf das Ganze der Wirtschaft und Gesellschaft. Darnach ist die Wirtschaft so einzurichten, daß alle hinreichendes Einkommen und bleibende

Sicherheit haben. In diesem Prinzip ist also das Recht auf Arbeit enthalten, das Recht auf Vermögensbildung durch Sparsamkeit, das Recht auf Sicherheit für die Tage des Alters.

Das Vermenschlichungsprinzip schließlich will klar aussprechen: Die Industrie ist um des Menschen willen da, die ganze Wirtschaft ist um des Menschen willen da. Kommen daher menschliche und wirtschaftliche Werte in Widerstreit, so ist dem menschlichen Wert der Vorzug zu geben. Das bedeutet praktisch zum Beispiel, daß ich mir bei der Neuanschaffung von leistungsfähigeren Maschinen auch die Frage stellen muß, ob nicht dadurch Menschen arbeitslos werden, und also, wie die notwendigen Umstellungen ohne Nachteil für die Arbeiter möglich sind. Das Prinzip stellt allgemein fest, es gibt nicht nur Verantwortung vor dem Kapital, sondern auch vor der Arbeit.

Dieses christliche Sozialsystem kann als das soziale Partnerschaftssystem bezeichnet werden. Wie sieht nun nach diesem System mit seinen drei Grundsätzen der Betrieb aus? Also die Arbeitsstätte, die jeden zunächst angeht.

In der alten Zeit gab es die sogenannte patriarchalische Betriebsform. Da war der Unternehmer zugleich der persönliche Vorgesetzte der Angestellten und Arbeiter. Diese patriarchalische Betriebsform zeigte sich am deutlichsten in den Zünften. Lehrlinge und Gesellen waren in einer Hausgemeinschaft mit ihrem Meister. Sie waren abhängig, aber auch geschützt. Die Form war damals gut, ist aber heute überholt. Die Menschen und Stände sind mündig geworden.

Dann wurde im 19. Jahrhundert die Lehre vom Klassenkampf verkündet. Unternehmer und Arbeiter, so hieß es, haben gegensätzliche Interessen. Der Unternehmer will einen möglichst großen Gewinn, die Arbeiter wollen einen möglichst großen Lohn. So ist der eine der Gegner des anderen. Aber dieses Klassenkampsystem wird der Natur des Menschen und des Betriebes nicht gerecht. Denn der Unternehmer ist doch auch auf die Arbeiter angewiesen, damit der Betrieb überhaupt erzeugen kann, und die Arbeiter auf den Unternehmer, damit sie eine Arbeitsstelle haben. Beide haben also an dem Gedeihen des Betriebes, der Fabrik, ein gemeinsames Interesse.

Darum muß für den Betrieb als sittliche Richtlinie aufgestellt werden: Es geht heute um die verantwortliche Zusammenarbeit der Sozialpartner. Es geht also in der modernen industriellen Arbeitswelt weder um das patriarchalische System noch um den Klassenkampf, sondern es geht um die Partnerschaft. Das Partnerschaftssystem wird der Natur des Menschen und des Betriebes gerecht. Nach dieser Auffassung ist der Betrieb eine Leistungsgemeinschaft.

Der Unternehmer hat die führende Stellung, der Arbeiter die ausführende. Beide sind Mitarbeiter am selben Werk und haben an dem Gedeihen dieses Werkes gemeinsames Interesse. Der Unternehmer nimmt den Arbeiter nicht als Unkostenfaktor, sondern als Menschen, dessentwillen der Betrieb da ist. Er fragt, was wird aus dem Arbeiter in meinem Betrieb? Werden seine Fähigkeiten entfaltet? Kann er echte Leistungsfreude haben? Wird er menschlich reifer? Wird er auch bei seiner Berufsarbeit als Persönlichkeit behandelt?

Neben dem Gemeinsamen, das jeder Betrieb aufweist, besteht aber auch etwas Gegensätzliches: Jeder möchte aus dem Betrieb möglichst viel schöpfen. Um dieses Gegensätzliche zu überwinden, legt sich der Unternehmer in

dem Partnerschaftssystem ein Maß auf: Er räumt dem Arbeiter ein Mitspracherecht in allen Fragen ein, die beide Partner gleichermaßen angehen. So kommen in der Aussprache auch gegensätzliche Interessen zu Wort; sie können gelöst werden. Allmählich bekommt das Gemeinsame das Schwergewicht. Das Ziel ist eine Betriebsverfassung, in der Betriebsrat, Betriebsaussprache und Mitspracherecht verankert sind.

Der Unternehmerstand hat heute die große Möglichkeit, den Arbeiter innerlich zu gewinnen. Denn die Arbeiter wissen, wie wichtig ein guter Arbeitsplatz ist. Darum brauchen wir eine hochherzige Unternehmerschaft, die nicht nur kleinere Verbesserungen vornimmt, sondern sich zu *grundlegenden* Reformen entschließt. Es ist nicht zuviel gesagt, wenn man es ausspricht: Das Geschick des Abendlandes hängt daran. Denn das Abendland muß Werte besitzen, für die das Volk mit Leib und Seele eintritt. Es muß verdienen, daß es verteidigt werde. Sonst nützt alles nichts.

Ein Unternehmerethos also, das sich dem Arbeiter verantwortlich weiß, ist die Aufgabe der Zeit. Der sittlichen Haltung des Unternehmers muß sich die rechte sittliche Haltung des Technikers anschließen, der bei seinen technischen Erfindungen nicht nur an den Großen, sondern auch an den Kleinen denken soll, nicht an die Zerstörung, sondern an den Aufbau, weniger an die Rationalisierung und mehr an die Vermenschlichung. Dies alles muß vollendet werden durch die rechte sittliche Haltung des Arbeiters, der tüchtige Arbeit leistet, der sich mit seinem Stande solidarisch fühlt, solidarisch aber auch mit seinem Volk und mit der ganzen Menschheit, so wie Christus mit der ganzen Menschheit solidarisch war und sich für sie hingegen hat. Auf diese Weise wird der christlichen Ordnung die Bahn bereitet. Das egoistische Machtverlangen wird beschränkt, die rechte Preisbildung ermöglicht, das Eigentum für alle zur Tatsache. — Wir ermuntern die katholische Arbeiterbewegung und die Arbeitsgemeinschaft der christlichen Industriellen, sich um die Verwirklichung dieser Leitgedanken zu bemühen.

II. Die bäuerliche Welt

Während sich so in der industriellen Arbeitswelt bedeutende Änderungen vollzogen, blieb auch die Landwirtschaft nicht unberührt. Die Landwirtschaft, die bis vor kurzem auf Handarbeit beruhte, ist fast über Nacht zu einem Maschinenwerk geworden. Der junge Bauer braucht eine technische Ausbildung wie ein Facharbeiter. Maschine, Technik und Versicherung halten ihren Einzug im Dorf. Mit Maschine, Technik und Versicherung aber tritt auch auf dem Land die Erhöhung des Lebensstandards in den Vordergrund. Die Gesinnung, die Religion, die bäuerliche Volkskultur treten in den Hintergrund. Dazu kommt, daß Industrie und Fabriken auf das Land hinaus vordringen. Dadurch ergeben sich in den Dörfern vielfach die gleichen Probleme wie in den Industrieorten.

In dieser Lage treten eine Reihe von religiös-sittlichen Gefahren auf. Der Bauer wird manchmal zum bloßen Farmer, der nur an raschen Gewinn denkt und dem die Verkarstung oder Auslaugung des Bodens gleichgültig sind. Er hängt nicht mehr an seinem Haus und Hof und Gut, er verkauft es, wenn es keinen guten Ertrag bringt. Oder der Bauer wird zum Wochenendbauern, der unter der Woche in einer Fabrik tätig ist und nur am Wochenende seine Bauernarbeit tut. Und schließlich: Der Bauer wandert ab, in die Industrie, in die Stadt, in den Fremdenverkehr.

Selbstverständlich soll der Bauer den gerechten Preis für seine Erzeugnisse erhalten. Es soll mit modernen Mitteln der Ertrag der Landwirtschaft gesteigert werden. Aber heute geht es um viel mehr. Es geht um die tödliche Gefährdung, in die das Dorf und der ganze Bauernstand kommen, und zwar durch die Umwälzung des bäuerlichen Lebens überhaupt.

Man geht durchaus fehl, wenn man glaubt, dieses Problem einfach durch fachliche Ertüchtigung und Ertragssteigerung lösen zu können. Die Ertragsfähigkeit der Landwirtschaft erreicht aus inneren Gesetzen selten die der Industrie. Man hat mit den gegebenen Faktoren, mit dem Klima und dem Boden zu rechnen. Außerdem mit dem Arbeitsanfall, der auch am Sonntag nicht aussetzt. Es scheint also vom Standpunkt des Lebensstandards oft günstiger zu sein, zur Industrie überzugehen. Eben deswegen täuscht man sich, wenn man meint, einfach mit Ertragssteigerung das Problem lösen zu können. Gewiß, Ertragssteigerung ist anzustreben, aber es handelt sich noch viel mehr um ein Gesinnungsproblem. Nur wer das Gesinnungsproblem löst, kann die Dorfkrise, in die wir gekommen sind, aufhalten.

Hierbei geht es um folgende vier Stücke:

Erstens um die sittliche Berufsauffassung des Bauern. Bei der Ausübung eines Berufes handelt es sich nie bloß um ein wirtschaftliches Interesse, es geht immer um mehr: Was wird man durch seine Berufstätigkeit für ein Mensch? Was für einen Charakter bekommt man? Der Beruf wird nur richtig ausgeübt, wenn man durch seine Berufstätigkeit ein besserer Mensch wird. Nun ist dem Bauern als Berufsideal aber dieses gegeben, daß er in besonderer Weise Gottes Hand auf Erden sein darf. Der Bauer sieht unmittelbarer, wie Gott wachsen läßt; er spürt unmittelbarer, wie der Mensch aus der Hand Gottes lebt; er darf hierbei mitwirken. Denn Gott gibt das Korn, aber er sät nicht, er erntet nicht, der Bauer darf dies tun und so Gottes Tätigkeit weiterführen. Dadurch, durch diese seine Berufstätigkeit, wird der Bauer in eigener Weise Gottes Ebenbild.

Diese echte bäuerliche Berufsgesinnung zeigt zugleich, wie das Bauerntum auch heute mit Gläubigkeit und Religion verbunden ist. Der wirtschaftliche Ertrag ist heute dem äußeren Anschein nach nicht mehr so ausschließlich von Gott abhängig, die innere Entfaltung der sittlichen Berufsauffassung ist es um so mehr. Der Bauer muß religiös bleiben, wenn er Bauer bleiben will.

Hier ist im besonderen der Landarbeiterschaft zu gedenken: Auch sie muß dem Bauern ein echter Sozialpartner sein. Sonst verfällt die Landarbeiterschaft in zunehmendem Maße der Landflucht und verschärft dadurch die Dorfkrise. Es ist also für menschenwürdige Wohnung, für Heiratsmöglichkeit und soziale Sicherheit der Landarbeiter vorzusorgen. Bauerntum und Staat stehen hier vor gemeinsamen Aufgaben, die sittliche Verpflichtung bedeuten.

Zweitens, die Verantwortung der bäuerlichen Führungsgruppen. In dieser Umänderung der bäuerlichen Wirtschaft bedarf es führender Männer, die die notwendigen Weichenstellungen vornehmen, so daß die Entwicklung die richtige Bahn nimmt. Auf diesen führenden Männern liegt eine besondere Verantwortung sittlicher Art. Nach ihren Entscheidungen wird sich das Dorf der Zukunft gestalten. Fehlentscheidungen können für Generationen zerstörende Folgen haben. Die lange Aufschiebung der Kinderunterstützung für die Bauern war ein Unglück. Mögen

die führenden Männer des Bauernstandes auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen.

Drittens, dem Bauern und den Bauernführern soll das richtige Leitbild vor Augen stehen: Aus dem Bauern soll kein bloßer Farmer werden; der Bauer soll bleiben, aber der zeitgerechte Bauer soll es sein. Der aber hat das Leitwort: Das Neue soll auch dem Ewigen dienen. Soweit es das tut, ist es gut und wird gebraucht, soweit es das verhindert, ist es schlecht und wird dem Bauerntum nicht dienen.

Viertens, die tätige Anteilnahme des Gesamtvolkes. Im Bauernstand gehen diese Veränderungen vor sich, ohne daß sich das Gesamtvolk darum kümmert. Man läßt den Bauernstand allein. Das ist schon einmal mit einem Stand geschehen, mit dem Arbeiterstand. Wie der Arbeiterstand in diese Vereinsamung und in dieses Maschinenwerk kam, verlor er weithin den Glauben. Das soll sich jetzt nicht mit dem Bauernstand wiederholen. Die tätige Anteilnahme und das verstehende Interesse des Gesamtvolkes tun also heute dem Bauernstand not. Dazu sind alle kraft der Nächstenliebe verpflichtet. Der katholischen Männerbewegung fällt dabei eine besondere Aufgabe zu.

Werden diese vier Punkte berücksichtigt, so läßt sich die Dorfkrise überwinden und die Zukunft des Bauernstandes sichern.

III. Die Welt des Staates

Die weitgreifenden Änderungen, die Wirtschaft und Gesellschaft erfaßt haben, konnten den Staat nicht unberührt lassen. Neue Aufgaben, aber auch neue Gefahren stehen vor ihm. Der Staat soll sich inmitten dieser Umwälzungen um viele Dinge annehmen, aber er soll den Freiheitsraum seiner Bürger nicht beschneiden. Das sind aber nahezu gegensätzliche Forderungen. Hier seien folgende vier Gedanken wegweisend.

Erstens, Wohlfahrtsstaat, aber nicht Versorgungsstaat. Der bloße Rechtsstaat genügt heute nicht mehr. Der Staat muß sich auch um die sozialen Nöte seiner Bürger annehmen. Der Staat hat in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt die Ersparnisse seiner Bürger abgewertet und damit die Lebensunsicherheit erhöht. So ergibt sich für ihn schon aus diesem Grunde die Pflicht, für soziale Sicherheit zu sorgen, einen Wohlfahrtsstaat zu schaffen. Aber doch keinen Versorgungsstaat. Die Grenzlinie ist sehr fein und dennoch sehr deutlich. Der Wohlfahrtsstaat gibt Hilfe, soweit dadurch Selbsthilfe angeregt wird. Der Versorgungsstaat hilft wahllos, wo irgendeine Unzufriedenheit auftaucht. Er macht die Einschränkung nicht, daß jede Hilfe die Selbsthilfe anregen soll. Dadurch aber belastet er alle seine Bürger steuerlich so schwer und schränkt die Freiheit so ein, daß sich niemand mehr wohlfühlen kann. Eigentätigkeit, Eigenleistung, Eigenverantwortung des Bürgers werden auf Sparrationen gesetzt. So wird dem Menschen eine sehr notwendige Freude geraubt, nämlich die Leistungsfreude. Ist aber die Leistungsfreude weggenommen, dann wird das Leben leer, unerfüllt, oft sinnlos. Ein ungemessenes Vergnügensverlangen ist die Folge.

Der Wohlfahrtsstaat dagegen gibt Hilfe, um Selbsthilfe anzuregen, Eigentätigkeit anzuspornen. So gibt er viel lieber Familienhilfe und Gemeinschaftshilfe als Einzelhilfe. Die Kinderunterstützung ist eine solche Familienhilfe. Eine familiengerechte Steuergesetzgebung wäre ebenfalls Gemeinschaftshilfe. Und so noch vieles.

Zweitens, nicht Allzuständigkeit des Staates, sondern subsidiäre Zuständigkeit. Vor dem Ersten Weltkrieg machte das Steuererträgnis der europäischen Staaten ungefähr 10 Prozent des Volkseinkommens aus; heute liegt es etwa bei 40 Prozent des Volkseinkommens. Bei allen Betrieben ist also der Staat der stille Teilnehmer, und zwar in einem viel höheren Ausmaß, als die meisten wissen. Dadurch wird das Gesamtvolk immer mehr vom Staat abhängig, bei Verleihung von Stellen, Subventionen usw. So ist das Wort von der Allzuständigkeit des Staates aufgekommen. In dieser Entwicklung liegen so schwere Gefahren, daß die sittliche Norm wieder klar ausgesprochen werden muß: Der Staat hat nicht Allzuständigkeit, sondern subsidiäre Zuständigkeit. Subsidiäre Zuständigkeit bedeutet helfende Zuständigkeit. Zunächst soll er der je kleineren Gemeinschaft die Selbsthilfe belassen. Erst wenn diese nicht ausreicht, soll er mit seiner Hilfe einspringen.

Hierbei ist im besonderen zu beachten: Ein Staat besteht nicht einfach aus einzelnen, sondern aus Gemeinschaften: Es gibt Lebensgemeinschaften, wie die Familie; es gibt Leistungsgemeinschaften, wie Betriebe, Fabriken usw.; es gibt Regionalgemeinschaften, wie Gemeinden, Bezirke, Länder. Der Staat soll die Eigentätigkeit all dieser Gemeinschaften anregen und, soweit notwendig, durch sie helfen. Der moderne Staat hat oft das Gegenteil getan: Er hat die Gemeinschaften übergangen, dem einzelnen geholfen und so die Gemeinschaft aufgehoben. Das aber ist falsch. Denn dies hat die Verstaatlichung des Lebens zur Folge. Und das ist die schlimmste aller Verstaatlichungen.

Wo aber ein Volksnotstand herrscht, dem die kleineren Gemeinschaften nicht gewachsen sind, da ist der Staat zur Hilfe berufen. Dies ist in Österreich hinsichtlich der Wohnungsnot der Fall. Hier wäre in dem Ausmaß und mit der Schnelligkeit zu helfen, mit denen Notstandshilfen auch sonst durchgeführt werden. Man schenke hier denen Glauben, die die Auswirkung dieses Notstandes auf den Volkskörper unmittelbar beobachten können.

Drittens, nicht konfessioneller Staat, nicht neutraler Staat, sondern echter Kulturstaat. Im Mittelalter gab es konfessionelle Staaten. Diese Zeit ist vorbei. Dann haben sich zuerst weltanschaulich und später auch kulturell neutrale Staaten gebildet. Das hat zur Folge, daß unsere Staaten wohl ein Bildungssystem, aber kein Wertsystem haben. Damit aber zerstören sie sich selbst und das Volk, das in ihren Grenzen wohnt.

Es geht also darum, daß die Staaten aus der bloß äußeren Zivilisationsförderung herausfinden, die grundlegenden menschlichen, sittlichen und religiösen Werte anerkennen und so zu echten Kulturstaaten werden, die eben nicht bestehen können, ohne diese Werte zu fördern.

Es sei darauf aufmerksam gemacht, daß in den Gesetzen jedes Volkes noch ein Grundstock an allgemein anerkannten Werten zu finden ist. An sie wird anzuknüpfen sein, um an die Stelle von Auflösung und Zerfall wieder den Aufbau zu setzen.

Viertens, es geht um die Wiedererweckung echten Gemeinschaftssinns als Grundlage der staatsbürgerlichen Gesinnung. Dies gilt für die Großen und für die Kleinen. Die Parteien werden also vor allen Dingen beachten müssen, daß die Abgeordneten Abgeordnete des Volkes, nicht der Parteien sind. Der Nationalrat ist die gesetzgebende Kör-

perschaft. Die Gesetze binden das ganze Volk. Gesetze dürfen daher nicht nach dem Parteiwohl, sie müssen nach dem Volkswohl ausgerichtet werden. Mögen alle Nationalräte hieran denken, auch dann, wenn es sich um die Beratung solcher Gesetze handelt, die nicht dem Parteiwohl, sondern dem Volkswohl nützen.

Der schlichte Bürger aber möge beachten, daß es dem Wohlfahrtsstaat gegenüber neue Pflichten gibt. Man darf seine Sozialgesetze wohl benützen, aber nicht ausnützen. Internationale Statistiken geben zum Beispiel an, daß mehr als 25 Prozent der Arbeitslosenunterstützung unter Scheingründen bezogen werden. Das ist aber Betrug an Staat und Volk. Es widerspricht eindeutig dem 7. Gebot Gottes. Staatsbürgerliche Gesinnung ist jene Tugend, die sich Volk und Staat gegenüber zu ehrenhaftem Handeln verpflichtet weiß und also den Einzel- oder Standesegoismus zurückstellt, um das Gesamtwohl zu fördern.

Fragen der Theologie und des religiösen Lebens

Die dogmatischen Spannungen zwischen der römischen und der orthodoxen Kirche

Das Verhältnis zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche ist ein anderes als das zwischen Rom und den protestantischen Konfessionen. Obwohl auch dort dogmatische Spannungen bestehen, nennen wir die Orthodoxie nicht häretisch, sondern sprechen von einem Schisma. Die Ostkirchen, mit Ausnahme der unierten, sind zwar von der Gemeinschaft mit dem Heiligen Stuhl getrennt, aber frei von formellen Irrlehren. Zwar fehlt ihnen der Glaube an den Primat und die Unfehlbarkeit des Papstes, eine Folge des Schismas. Aber sie stehen in der ununterbrochenen apostolischen Tradition und Glaubensüberlieferung.

Die orthodoxen Kirchen werfen ihrerseits der römischen Kirche eine Reihe von Glaubensabweichungen vor. Sie zählten schon vor dem Schisma von 1054 eine Anzahl „lateinischer Irrtümer“, z. B. die Einführung des ungesäuerten Brotes für die Hostie. Im Mittelalter vermehrten sich diese, z. B. durch die Abschaffung des Laienkelches, und sie bilden heute nach orthodoxer Ansicht eine stattliche Reihe. Es ist im Sinne des Gebetes um die Wiedervereinigung im Monat Januar, daß die Frage, ob diese Entfremdung zwischen dem christlichen Osten und Westen überwunden werden kann, wieder einmal unser Nachdenken bewegt.

In den letzten fünfzig Jahren hat man sich mehr als in den ganzen letzten Jahrhunderten im Westen bemüht, der ostkirchlichen Tradition, Kultur und Religiosität ein tieferes Verständnis entgegenzubringen. Der Heilige Stuhl betrachtet die Wiedergewinnung der Christenheit des Ostens nicht als eine missionarische Aufgabe, sondern als Anliegen der Wiedervereinigung zwischen der römischen Kirche und den orthodoxen Kirchen selber, die sich von ihr getrennt haben. Es handelt sich nicht darum, daß die Ostkirchen Irrtümern abschwören müßten, sondern darum, daß sie unter Wahrung ihrer Tradition in die Einheit mit der Cathedra Petri zurückkehren, wie es bereits die mit Rom unierten Ostkirchen getan haben.

Wenn es so ist, müssen die dogmatischen Spannungen, die heute immer noch bestehen, gelöst werden können. Außer

Liebe Gläubige! Im vorstehenden haben wir euch einige Grundsätze für die Bereitung eines gesunden öffentlichen Lebens dargelegt. Sie sind nichts anderes als die Anwendung der Botschaft Christi und seiner goldenen Regel auf die Verhältnisse der heutigen Zeit. So nehmt denn die Worte der Kirche an und verwirklicht sie in eurem Leben. Dann wird das christliche Ethos wieder die führende Geistesmacht Europas werden. Dann werden die Güter des Friedens, die wir so lange vermißten, wieder unser Anteil werden. Dann können wir den kommenden Richter der Welten getrostem Herzens erwarten, weil wir das, worüber wir gesetzt wurden, getreu nach seinem Auftrag verwaltet haben. Dann können wir einst die Stimme des Herrn vernehmen: „Weil du über wenigens getreu warst, will ich dich über vieles setzen, gehe ein in die Freude deines Herrn“ (Matth. 25, 21).

der Anerkennung des Papstes handelt es sich vor allem um drei Fragen: das Filioque im Credo, das in der Orthodoxie fehlt, das aber auch die mit Rom unierten Ostkirchen in ihr Credo nicht einzufügen brauchen; die Epiklese in der heiligen Messe, d. h. die Anrufung des Heiligen Geistes, die in den östlichen Liturgien die Wandlung abschließt und nach der heute geläufigen orthodoxen Auffassung die Wandlung eigentlich erst vollzieht; und die Lehre von den letzten Dingen, der in der östlichen Tradition das Fegfeuer und überhaupt jede Aussage über den Zustand der Seelen zwischen Tod und Auferstehung des Fleisches fehlt.

Das niederländische „Apostolaat der Hereniging“ (Apostolat für die Wiedervereinigung) hat im Januar 1956 eine Studientagung in Nymwegen abgehalten, auf der vier Vorträge über die eben genannten vier dogmatischen Unterschiede zwischen Ost und West gehalten worden sind. Die Vierteljahrschrift des Instituts für byzantinische Studien in Nymwegen, „Het Christelijk Oosten en Hereniging“, die von Assumptionistenpatres herausgegeben wird, hat diese Vorträge in einer Doppelnummer Juli/Oktober 1956 (Jhg. 9, Nr. 1/2) publiziert. Wie man sich eine Auflösung der Spannungen zwischen den in Ost und West verschiedenen Überlieferungen denken kann, möchten wir am Beispiel der Epiklese in Anlehnung an den Vortrag von Th. A. Vismans OP darlegen. Die Grundgedanken von P. Vismans begegnen sich mit denen des Aufsatzes von Y. Congar OP „Neuf cents ans après“ in dem Sammelwerk: „1054—1954. L'Église et les Églises“, das die Zeitschrift „Irénikon“ 1954 herausgegeben hat (Éditions de Chevetogne). Unsere Sehnsucht nach Wiedervereinigung im Glauben umfaßt ja doch auch die große Christenheit des Ostens, die im Bewußtsein der Katholiken Mitteleuropas oft allzusehr zurücktritt.

Das Problem der Epiklese

„Das Problem der Epiklese oder Anrufung des Heiligen Geistes in der Meßliturgie ist so kompliziert, daß allein das Stellen der Frage eine heikle Sache ist“: das ist das erste, was P. Vismans zu Beginn seiner Darlegungen sagt. Es ist klar, daß wir die verwickelte Frage in unserem Bericht sehr vereinfachen müssen; dieses Vorgehen